

# Die neue deutsche Industriestrategie und das europäische Wettbewerbsrecht

## Zur politischen Ökonomie eines umkämpften Paradigmenbruchs

Etienne Schneider<sup>1</sup>

Etwas skurril wurde es im Frühjahr 2019 dann doch, als sich der deutsche Wirtschaftsminister Peter Altmaier vom Wirtschaftsweisen Lars Feld eine Vorliebe für ‚Planwirtschaft‘ vorwerfen lassen musste – wohlgermerkt ein Minister der konservativen CDU, die für ihre sozialistischen Ambitionen eher weniger bekannt ist. Auch nicht unbedingt zimperlicher ging der Präsident des Verbands der Familienunternehmer in Deutschland gegen Altmaier vor, der ihm bescheinigte, das Wirtschaftsministerium beschädigt zu haben, und ihn kurzerhand öffentlichkeitswirksam vom Jubiläumstreffen des Verbands auslud. Medial wurde gar eine Rebellion ‚der Wirtschaft‘ gegen den Wirtschaftsminister beschworen (Böcking/Taufetter 2019).

Eingebracht hatte sich Altmaier diese Ehre der etwas ungewöhnlichen Art mit seiner im Februar 2019 vorgestellten „Nationalen Industriestrategie 2030“ (im Folgenden NIS 2030) (BMWi 2019a) und dem kurz darauf präsentierten „deutsch-französischen Manifest für Industriepolitik“ (BMWi/MEF 2019). Die dadurch ausgelöste Kontroverse zeugt von tieferliegenden Konflikten im deutschen Machtblock über eine grundlegende Neuausrichtung der wirtschaftspolitischen Orientierung der Bundesrepublik angesichts des wirtschaftlichen und geopolitischen Aufstiegs Chinas und der Wende der US-amerikanischen Außenwirtschaftspolitik im Zeichen von „America First“, die zumindest in Teilen die Präsidentschaft Trumps überdauern dürfte. Letztlich geht es um nicht weniger als die Frage, ob Deutschland – jenem Land, das nicht erst seit der Eurokrise für starrsinniges wirtschaftspolitisches Denken europa- und weltweit berüchtigt ist (Mattijis 2016) – bislang dominante wirtschaftspolitische Prinzipien zugunsten einer aktiv-strategischen, vertikalen<sup>2</sup> Industriepolitik über Bord wirft.

Denn neben typischen kapitalnahen Forderungen wie der Absenkung von Unternehmensbesteuerung und Sozialabgaben werden in der NIS 2030 auch industrie- und außenhandelspolitische Strategien formuliert, die in ihrer Gesamtheit durchaus als Paradigmenwechsel (vgl. Bofinger 2019; Zettelmeyer 2019) oder gar als Bruch mit der ordoliberalen wirtschaftspolitischen Tradition der BRD interpretiert werden können. Das hat Rückwirkungen bis auf die europäische Ebene, wo der umkämpfte Paradigmenwechsel in Deutschland eine grundlegende, ebenfalls stark konfliktbeladene Rekonfiguration des europäischen Wettbewerbsrechts einleiten könnte. Diese Entwicklungen sind auch für progressive Kräfte in Europa relevant, war das EU-Wettbewerbsrecht doch in der Vergangenheit nicht nur ein wichtiges Vehikel neoliberaler Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik im europäischen Binnenmarkt (Buch-Hansen/Wigger 2010; Jäger/Reiner 2018), sondern auch ein zentrales Hindernis für progressive, sozial-ökologisch transformative Industriepolitik in der EU (Pianta et al. 2016; Krenmayr et al. in diesem Heft).

Vor diesem Hintergrund beleuchtet der Beitrag die widersprüchlichen Entwicklungstendenzen der deutschen Ökonomie und damit verbundene Verschiebungen in der Interessenkonstellation und den Konfliktlinien innerhalb des deutschen Machtblocks, die sich in den Auseinandersetzungen um die NIS 2030 und die ‚Modernisierung‘ des europäischen Wettbewerbsrechts verdichteten. Im Sinne der Regulations- theorie (Atzmüller et al. 2013) und der materialistischen Staatstheorie (Poulantzas 2002) werden diese Auseinandersetzungen als Konflikte innerhalb des deutschen Machtblocks über die Rekonfiguration des Konkurrenzverhältnisses als einer zentralen, im Zuge der Binnenmarktintegration stark europäisierten strukturellen Form der Regulation verstanden.

### **Entwicklungstendenzen und Widersprüche des deutschen Entwicklungsmodells**

Das deutsche Produktionssystem zeichnet sich grundsätzlich durch ein starkes Gewicht der Industrie (produktive Akkumulation) – mit einer besonderen Spezialisierung in den Bereichen Automobilindustrie, Maschinenbau und chemische Industrie und einem vergleichsweise großen Gewicht von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) – so wie durch eine ausgeprägte Exportorientierung (aktive Extraversion) aus. Letztere konsolidierte sich bereits in der fordistischen Ära der Nachkriegszeit im Rahmen einer im internationalen Vergleich eher restriktiven, auf korporatistischen Arrangements beruhenden Lohnpolitik und einer antiinflationären Geldpolitik (Beck 2014; Becker 2015). So sehr in der vergleichenden Kapitalismusforschung über Kontinuität und Bruch dieses ‚Modell Deutschland‘ gestritten wurde (vgl. etwa Streeck 2009), so wenig hat sich bis heute an der strukturellen Exportabhängigkeit der deutschen Ökonomie verändert. Durchaus starken Veränderungen war aber die Ausrichtung der deutschen Exportwirtschaft unterworfen: Zunächst bildete die Westintegration der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg, zusammen mit der Rekonstruktion und der (gegenüber den USA) nachholenden Industrialisierung Westeuropas die externe Nachfragedynamik für den deutschen ‚Exportenerfolg‘: In den letzten Jahren, insbesondere seit dem Konjunkturerinbruch im Zuge von Euro-Krise und Austeritätspolitik in Europa, verlagerte sich die Exportorientierung der deutschen Industrie verstärkt auf die so genannten ‚emerging markets‘ (Simonazzi et al. 2013) – allen voran auf China, wodurch der Rückgang der innereuropäischen ausländischen Nachfrage sogar überkompensiert werden konnte.

Doch aktuell stößt diese Strategie der neo-merkantilistischen Neuausrichtung nach Osten und damit die Tragfähigkeit der deutschen Exportorientierung insgesamt zunehmend an Grenzen: Neben den USA verfolgt auch China spätestens seit 2015 mit der industriepolitischen *Made in China 2025*-Strategie eine Politik der selektiven Abkoppelung vom Weltmarkt mit dem Ziel, technologische Autonomie zu erreichen (vgl. hierzu Posch in diesem Heft; Heide et al. 2020). Dies hat wiederum auch in der EU eine intensive Debatte über „strategische Autonomie“ und „Souveränität“ ausgelöst (vgl. etwa Lippert et al. 2019). Hinzu kommt, dass die Investitionsdynamik in China nach Jahren mit extrem hohen Investitionsquoten aktuell zunehmend abflaut.

Der deutsche Machtblock betrachtet diese Entwicklungen insgesamt mit großer Sorge. Denn durch die Strategie der Entkopplung und durch die rückläufige Investi-

tionsdynamik droht China nicht nur als derzeit größter Absatzmarkt deutscher Exporte wegzubrechen. Verbunden ist mit der *Made in China 2025*-Strategie auch der Versuch Chinas, technologisches *know-how* durch strategische Übernahmen – wie etwa im Falle der Übernahme des deutschen Roboterherstellers Kuka 2016 – ins Land zu holen. Zusammen mit der relativ eigenständigen Krisendynamik der deutschen Automobilindustrie (Stichwort Dieselskandal und Festhalten am Verbrennungsmotor<sup>3</sup>, vgl. Haas/Wissen 2020) und dem zunehmenden Bedeutungsverlust sowie der technologischen Abhängigkeit deutscher Unternehmen gegenüber großen US-amerikanischen und chinesischen Digitalkonzernen wie Google, Amazon oder Huawei (Stichwort 5G) zeichnet sich damit eine existenzielle Krise der gesamten deutschen Entwicklungsweise ab. Als deren Vorbote kann der bereits vor der Corona-Pandemie einsetzende deutliche Einbruch der Industrieproduktion in Deutschland gelten.

### **Kernelemente der Nationalen Industriestrategie 2030**

Die NIS 2030 muss vor diesem Hintergrund und im Kontext der allgemeinen ‚Renaissance‘ der Industriepolitik (Reiner 2012; Eder/Schneider 2018) als Versuch des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) verstanden werden, eine industriepolitische Antwort auf die skizzierten grundlegenden Krisentendenzen der deutschen Entwicklungsweise zu formulieren und so ein zentrales Terrain zur Konfliktaustragung, Interessenformulierung und Kompromissbildung innerhalb des deutschen Machtblocks zu initiieren (vgl. auch Solty 2019). Um die „Industrie-Führerschaft“ (BMWi 2019a: 4) Deutschlands zu sichern bzw. – in manchen Branchen – wiederzuerlangen, plädiert die Strategie insbesondere für ein „neue[s] volkswirtschaftliche[s] Verhältnismäßigkeitsprinzip“ (ebd.: 13) als Grundlage einer neuen industriepolitischen Orientierung, nach dem industriepolitische Interventionen umso mehr Spielraum erhalten sollen, je größer „die volkswirtschaftliche Bedeutung eines Vorgangs“ ist, wobei diese staatlichen Interventionen bis hin zur „zeitlich befristeten Übernahme von Anteilen oder Gewährung von Beihilfen gehen“ können (ebd.). Dieses neue Verhältnismäßigkeitsprinzip steht in deutlichem Gegensatz zum ordoliberalen Prinzip einer reinen ordnungspolitischen ‚Flankierung‘ der Aktivitäten der Privatwirtschaft durch allgemeine Regelsetzung des Staates – ein Prinzip, das in Deutschland bislang sowohl in der wirtschaftspolitischen Diskussion als auch in der deutschen Industriepolitik selbst, flankiert durch das international vergleichsweise strenge Wettbewerbs- und Beihilferecht der EU, überwiegend<sup>4</sup> dominant war (vgl. hierzu exemplarisch Sachverständigenrat 2009: 210–254).

Aus diesem neuen Verhältnismäßigkeitsprinzip leitet die NIS 2030 vor allem zwei Strategien ab. Zum einen soll die Außenwirtschaftspolitik strategischer ausgerichtet werden, indem Übernahmen deutscher Konzerne, welche die „Technologie- und Innovationsführerschaft“ (BMWi 2019a: 13) Deutschlands gefährden, durch stärkere Regulierung von Direktinvestitionen und durch die Schaffung einer „nationalen Beteiligungsfazilität“ (ebd.) verhindert werden. Das könnte nicht nur den staatlichen Unternehmensbesitz entgegen dem lange dominanten Privatisierungsansatz stark ausweiten, sondern auch das Prinzip der Kapitalverkehrsfreiheit als einem zentralen Eckpfeiler der bisherigen ‚offenen‘, multilateralen deutschen Außenwirtschaftspolitik infrage stellen (Fisahn 2019; Zettelmeyer 2019).

Zum anderen setzt die NIS 2030 auf den staatlich organisierten und finanzierten Aufbau und Schutz von nationalen und europäischen Industriekonsortien und „Champions“, worunter üblicherweise Großkonzerne mit einer marktbeherrschenden Stellung im Heimatmarkt und einer starken Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt verstanden werden. Auch wenn die „Stärkung des industriellen Mittelstandes“ explizit als Ziel benannt wird (BMW i 2019a: 11), hebt die Strategie somit überwiegend die zentrale Rolle von Großkonzernen hervor. Die Bedeutung von nationalen und europäischen Champions wird damit begründet, dass deutsche und europäische Unternehmen einer „kritische[n] Größe“ (ebd.: 12) bedürfen, um sich in der Weltmarktkonkurrenz gegen ausländische Großkonzerne, insbesondere aus den USA und China, behaupten zu können („Size matters!“, ebd.: 12). Die Existenz und der Erfolg solcher Champions – hierbei werden Siemens, Thyssen-Krupp, die Deutsche Bank und die großen deutschen Automobilkonzerne explizit genannt – erhebt die NIS 2030 daher zum „nationalen politischen und wirtschaftlichen Interesse“ (ebd.: 13), was einer impliziten staatlichen Garantie für den Fortbestand dieser Unternehmen gleichkommt (Zettelmeyer 2019). Um die Bildung neuer Champions zu erleichtern, wird eine Reform der europäischen Fusionskontrolle anvisiert. Diese sollte die Vorteile einer Fusion mit Blick auf die Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt stärker gegenüber den negativen Auswirkungen auf den Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt gewichten – im Zweifelsfall also die Bildung von weltmarktorientierten Großkonzernen durch Fusionen zulasten des Wettbewerbs am europäischen Binnenmarkt ermöglichen.

Mit der staatlichen Förderung und Organisation von Industriekonsortien verfolgt die NIS 2030 zudem das Ziel, über horizontale, technologieoffene Innovationspolitik hinaus in spezifische technologische Bereiche aktiv und strategisch industriepolitisch vorzustößen, bei denen Deutschland in der Weltmarktkonkurrenz zurückfällt (etwa durch die Bildung eines Airbus-ähnlichen Konsortiums für Künstliche Intelligenz). Hierzu sollen über die bereits bestehende Ausnahmeregelung der *Important Projects of Common European Interest* (IPCEIs) (vgl. hierzu den Beitrag von Schlager und Soder in diesem Heft) hinaus die Spielräume im europäischen Beihilfenrecht für öffentliche Beihilfen und Beteiligungen ausgeweitet werden (BMW i 2019a: 14–15).

## Die NIS 2030 als Angriff auf das europäische Wettbewerbsrecht

Aus dem neuen volkswirtschaftlichen Verhältnismäßigkeitsprinzip und der damit anvisierten neuen aktiv-strategischen, vertikalen Industriepolitik leitet die NIS 2030 also weitreichende Vorstöße zur Reform des europäischen Wettbewerbsrechts in den Bereichen Fusionskontrolle, Kartellrecht und Beihilfenrecht ab, die sich insgesamt als durchaus offener Angriff des BMW i auf die bisherige europäische Regulation des Konkurrenzverhältnisses verstehen lassen. Als unmittelbarer Anlass für diesen Vorstoß kann die Untersagung der Fusion der Schienensparten von Siemens und Alstom durch die Europäische Kommission Anfang Februar 2019 gelten – er sollte allerdings angesichts der oben skizzierten Entwicklungs- und Krisentendenzen nicht darauf reduziert werden, zumal das im berüchtigten *European Roundtable of Industrialists* (ERT) organisierte, transnational orientierte europäische Großkapital bereits seit Längerem eine Lockerung des europäischen Wettbewerbsrechts fordert (ERT 2012). Bekräftigt wurde dieser Vorstoß

durch das zwei Wochen nach der NIS 2030 mit dem französischen Finanz- und Wirtschaftsminister Bruno LeMaire vorgestellte „deutsch-französische Manifest für Industriepolitik“ (BMWi/MEF 2019) mit ähnlichen (und von Frankreich schon länger vertretenen) Forderungen nach einer Reform des europäischen Wettbewerbsrechts. Ergänzt werden diese Forderungen im deutsch-französischen Papier durch den Vorschlag, analog zur so genannten „Ministererlaubnis“ in Deutschland, dem Rat die Kompetenz zu geben, wettbewerbspolitische Entscheidungen zu überstimmen bzw. außer Kraft zu setzen – ein unverhohlener Vorstoß zur wettbewerbspolitischen Entmachtung der Europäischen Kommission.

Diese Re-Positionierung Deutschlands an der Seite Frankreichs ist auch insofern bemerkenswert, weil das europäische Wettbewerbsrecht als einer der zentralen Eckpfeiler des europäischen Binnenmarktprojektes und damit der gesamten neoliberalen, wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise der EU gelten kann (Ziltener 1999). Insbesondere die von der Europäischen Kommission auf Druck weltmarktorientierter Kapitalfraktionen seit den 1980er Jahren konsequent verfolgte, strikte Kontrolle staatlicher Beihilfen erwies sich als wichtiger Hebel der Deregulierungs-, Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik (Buch-Hansen/Wigger 2010; Jäger/Reiner 2018). Zugleich stellten die europäische Kontrolle staatlicher Beihilfen, das Kartellverbot und die Fusionskontrolle zentrale Instrumente dar, um den Spielraum für aktiv-strategische, vertikale Industriepolitik sowohl auf der Ebene der Mitgliedsstaaten als auch auf der EU-Ebene stark einzuschränken (Pianta et al. 2016: 18; Fisahn 2019). Aus Sicht von Leon Brittan etwa, dem thatcheristischen Wettbewerbskommissar Anfang der 1990er Jahre, wurden die UnterstützerInnen von Industriepolitik in der Ausgestaltung der europäischen Fusionskontrolle Ende der 1980er Jahre „effektiv zurückgeschlagen“ (zit. nach Buch-Hansen/Wigger 2010: 36). Daher blieb auch die Industriepolitik der EU bislang – trotz einer ganzen Kaskade an Strategiepapieren der Europäischen Kommission zur Industriepolitik in den letzten Jahren und einer zunehmenden Verquickung von Industrie- und Rüstungspolitik (Oberndorfer 2018) – überwiegend auf horizontale Infrastruktur- und Innovationsförderung ausgerichtet, vor allem im Rahmen des Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) und der Forschungsförderung durch Horizon 2020 (Landesmann/Stöllinger 2020; vgl. auch Krenmayr et al. in diesem Heft).

## **Konfliktlinien und Interessenkonstellation im deutschen Machtblock**

Angesichts der skizzierten Reichweite des formulierten wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsels sowie der Bedeutung des europäischen Wettbewerbsrechts, sowohl für die neoliberale wettbewerbsstaatliche Integrationsweise als auch für die industriepolitische Orientierung in Deutschland, führte die NIS 2030 zu heftigen Konflikten innerhalb des deutschen Machtblocks, die im Folgenden in erster Linie mit Blick auf die Auseinandersetzungen über die Rekonfiguration der europäischen Regulation des Konkurrenzverhältnisses beleuchtet werden. Hierbei lassen sich im Wesentlichen drei konkurrierende Akteursgruppen entlang ihrer jeweiligen Positionierung, strategischen Orientierung und Interessen unterscheiden.

(1) Als zentrale Triebkraft hinter der vom BMWi formulierten industriepolitischen Neupositionierung kann das weltmarktorientierte, industrielle Großkapital in Deutschland gelten, insbesondere die Automobil- und die chemische Industrie (der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagebau positionierte sich dagegen kritischer, s.u.). Politisch ist dieses insbesondere im größten und einflussreichsten deutschen Unternehmensverband, dem BDI, organisiert – ein Dachverband, in dem jedoch auch die Unternehmensverbände stärker mittelständisch geprägter Verbände Mitglied sind, weshalb die Positionierung des BDI trotz der innerverbandlichen Dominanz des exportorientierten Großkapitals bereits als (asymmetrischer) Kompromiss zwischen Großkapital einerseits und kleinem und mittlerem Kapital andererseits verstanden werden muss (Lang/Schneider 2007). Zu letzterem zählen überwiegend auch so genannte Hidden Champions, d.h. eher kleine bis mittelgroße, im öffentlichen Diskurs eher unbekanntes Weltmarktführer auf Nischenmärkten, denen innerhalb des deutschen Produktionssystems im internationalen Vergleich eine besonders große Bedeutung zukommt (Rammer/Spielkamp 2019).

Mit seinem im Jänner 2019 veröffentlichten und viel beachteten Grundsatzpapier zu China (BDI 2019a) gab der BDI einen entscheidenden Impuls in der 2018 begonnenen Ausarbeitung der NIS 2030. Darin kommt der BDI zu einer durchaus bemerkenswerten Schlussfolgerung, die das Ausmaß der bevorstehenden wirtschaftspolitischen und ideologischen Krise und Rekonfiguration verdeutlicht: Deutschland und die EU könnten sich nicht „auf der vermeintlichen Gewissheit ausruhen, dass unser Modell einer offenen Gesellschaft und einer liberalen und sozialen Marktwirtschaft gegenüber dem chinesischen System langfristig gesamtwirtschaftliche Vorteile mit sich bringt“ (BDI 2019a: 9). Vor diesem Hintergrund positionierte sich der BDI dezidiert für eine aktiv-strategischere Industriepolitik angesichts des drohenden Abstiegs von Deutschland und der EU in der internationalen Arbeitsteilung. Verbunden ist dies mit der Forderung nach einer „Modernisierung“ des Beihilfe- und Wettbewerbsrechts in der EU, um Unternehmensfusionen und -kooperationen zu erleichtern und staatliche Beihilfen gewähren zu können, wenn ausländische Konkurrenten ebenfalls staatlich gefördert werden (so genannte Matching-Klauseln) (vgl. auch BDI 2019b) – eine Position, die im Wesentlichen auch von den Vorstandsvorsitzenden großer DAX-Konzerne wie von Siemens, der Deutschen Telekom oder der Allianz vertreten wurde.

Allerdings betont der BDI, dass die Herausbildung von europäischen Champions im Rahmen eines gelockerten europäischen Wettbewerbsrechts „vom Markt getrieben[...]“ (BDI 2019a: 9), d.h. ohne regulierende oder gar organisierende industriepolitische Eingriffe des Staates erfolgen sollte. Ebenfalls ablehnend positioniert sich der BDI gegenüber einer verschärften industriepolitischen Kontrolle von Direktinvestitionen und gegenüber der „Nationalen Beteiligungsfazilität“ – angesichts der umfangreichen deutschen Direktinvestitionsbestände in China wohl aus der Erwägung, China könnte als Reaktion seinerseits den Kapitalverkehr gegenüber deutschen Unternehmen stärker einschränken.

(2) Allerdings formierte sich auch massiver Widerstand in Deutschland gegen den wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel hin zu einer stärker aktiv-strategischen Industriepolitik. Zu dieser ‚ordoliberal-defensiven‘ Akteursgruppe gehören der anfangs erwähnte, an sich eher schwache, aber laute Verband der Familienunternehmer, der Verband

Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) – Vertreter einer bedeutenden, aber stärker von Hidden Champions als von Großkonzernen geprägten Branche des deutschen Produktionssystems – und der Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken (BVR), dessen Mitglieder besonders stark mit KMUs in Deutschland über Kreditbeziehungen verflochten sind, aber auch parteipolitische Kräfte wie die FDP und Teile der Parteien CDU/CSU sowie ein Großteil der wichtigen staatsnahen wirtschaftspolitischen ‚Wissensapparate‘, wie der Sachverständigenrat (in seiner Mehrheitsposition) (Sachverständigenrat 2018: 72–75), das Münchner IfO (Fuest 2019) oder das Berliner DIW (Duso 2019).

Nach der Veröffentlichung der NIS positionierten sich diese Akteure weitgehend defensiv, d.h. für eine Verteidigung des Status quo überwiegend horizontaler Industriepolitik entlang ordoliberaler Prinzipien der Rahmensetzung und gegen eine Rekonfiguration der europäischen Regulation des Konkurrenzverhältnisses. Begründet wurde dies mit der großen Bedeutung von KMUs, insbesondere der Hidden Champions, für das deutsche Modell. Deren Wettbewerbsposition würde durch die Aushöhlung des europäischen Wettbewerbsrechts, die wettbewerbspolitische Schwächung der Europäischen Kommission und die übermäßige Förderung von Großkonzernen mit marktbeherrschender Stellung beeinträchtigt (CDU/CSU 2019; Schnabel 2019). Eine „planwirtschaftliche Industriepolitik“ (Duso 2019) bzw. eine Imitation der chinesischen Industriepolitik (so Fuest 2019; CDU/CSU 2019) würde die Stärken der deutschen Wirtschaft daher eher untergraben als bewahren können. Dahinter stehen offensichtlich Interessen des kleinen und mittleren Kapitals, wobei die Interessenlage innerhalb dieser Kapitalfraktion selbst als äußerst heterogen einzuschätzen ist. Während überwiegend auf den nationalen und europäischen Binnenmarkt ausgerichtete KMUs fürchten müssen, von Großkonzernen mit marktbeherrschender Stellung auf dem europäischen und nationalen Binnenmarkt verdrängt zu werden, dürften Hidden Champions, die auf eine Nische des Weltmarkts spezialisiert sind, durch eine Lockerung des Wettbewerbsrechts weniger unmittelbar betroffen sein. Auch diesen könnten jedoch Nachteile erwachsen, wenn vor allem Großkonzerne industriepolitisch gefördert werden und auf diese Weise neue Weltmarktsegmente erobern oder durch Übernahmen in diese eindringen können. KMUs wiederum, die eng in Produktionsnetzwerke des industriellen Großkapitals eingebunden sind, können – je nach Ausprägung der Hierarchiebeziehungen in der Wertschöpfungskette und ihrer Stellung darin – von einer Stärkung der Großkonzerne durch steigende Nachfrage profitieren, oder aber innerhalb von Produktionsnetzwerken stärker unter Druck gesetzt und marginalisiert werden. Angesichts der inneren Zersplitterung der Interessenlage des kleinen und mittleren Kapitals müssen das gesellschaftspolitische Gewicht und die Schlagkraft dieser Akteursgruppe sicherlich auch mit der relativen Autonomie und Trägheit zentraler wirtschaftspolitischer Ideologeme und der diese ausarbeitenden staatsnahen Wissensapparate erklärt werden.

(3) Eine dritte Akteursgruppe, die sich als ‚sozialdemokratisch-interventionistisch‘ charakterisieren lässt, bilden Gewerkschaften, gewerkschaftsnahe Wissensapparate, die SPD und – mit teils weitreichenderer Positionierung – die Linkspartei (De Masi/Ulrich 2019; DGB 2019; Dullien 2019; SPD-Bundestagsfraktion 2019). Diese unterstützte im Wesentlichen den in der NIS 2030 formulierten wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel in Richtung aktiv-strategische Industriepolitik, einschließlich der Reform des europäischen

Wettbewerbsrechts, sie knüpft diese Unterstützung allerdings an die Bedingung einer sozialpartnerschaftlichen und tarifpolitischen Flankierung der neuen Industriepolitik. Anders als der BDI befürwortet diese Akteursgruppe auch eine stärker strategisch ausgerichtete Außenwirtschaftspolitik, d.h. die Regulierung von Direktinvestitionen zum Schutz technologischer Souveränität (einschließlich der nationalen Beteiligungsfazilität) und das Ziel des Erhalts geschlossener Wertschöpfungsketten. Ablehnend steht diese Akteursgruppe lediglich den typisch kapitalnahen Forderungen nach einer Senkung von Unternehmensbesteuerung und Sozialabgaben und – zumindest teilweise – der alleinigen Orientierung der Industriepolitik am Ziel des Erhalts und der Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit (auf Kosten sozialer und ökologischer Ziele) gegenüber (vgl. etwa DGB 2019).

Hinter der grundsätzlichen Unterstützung der NIS 2030 dürfte zum einen die traditionell korporatistische Erwägung stehen, dass sich durch die Förderung und den Schutz von Großkonzernen in der Weltmarktkonkurrenz Arbeitsplätze in jenen Bereichen des deutschen Produktionssystems sichern lassen, in denen die Organisationsmacht der deutschen Gewerkschaften am größten ist. Zum anderen ist sie aber auch von der Erwägung geleitet, dass sich mit dem wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel der NIS 2030 wieder öffentliche Gestaltungsfähigkeit über industrielle Produktionsstrukturen zurückzugewinnen lässt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB 2019: 1–2) plädiert hierbei auch dezidiert für eine aktive Industriepolitik, die nicht nur ökonomisch, sondern auch sozial und ökologisch ausgerichtet ist, d.h. einen sozial-ökologischen Wandel vorantreibt und zugleich Arbeitsplätze sichert und gute Arbeitsbedingungen fördert. Nur vereinzelt wird bislang jedoch auch die dominante Exportorientierung des deutschen Produktionssystems selbst und damit verbundene soziale und wirtschaftliche Folgen in anderen Ländern sowie die enorme Anfälligkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber Krisen und Absatzeinbrüchen infrage gestellt (De Masi/Ulrich 2019).

## **Kompromissbildung im Machtblock und strategische Implikationen**

Das BMWi reagierte auf die heftigen Widerstände gegen die NIS 2030, die – trotz prinzipieller Unterstützung – in Teilen auch vom Kanzleramt lanciert wurden (Heide et al. 2019), mit einem strukturierten Konsultationsprozess und zwei Industriekonferenzen. Dieser Prozess mündete letztlich in einer zweiten, wesentlich entschärften Version der Industriestrategie, die im November 2019 vorgestellt wurde und stärker als die NIS 2030 einen asymmetrischen Kompromiss zwischen Akteursgruppe 1 und 2 formuliert (BMW 2019b). So wird der Bedeutung von „Mittelstand“, „familiengeführten Industrieunternehmen“ und „Hidden Champions“ (BMW 2019b: 7) sowie klassischen KMU-Forderungen nach Senkung von Steuern und Abgaben sowie ‚Bürokratieabbau‘ ein deutlich größerer Raum gegeben. Auch das Projekt einer ‚Ministererlaubnis‘ auf europäischer Ebene und einer „nationalen Beteiligungsfazilität“ wurde zugunsten einer abgeschwächten „nationale[n] Rückgriffoption“ (BMW 2019b: 28) fallen gelassen. Die Positionierung zur Reform des europäischen Wettbewerbsrechts behält die November-Strategie ansonsten jedoch im Wesentlichen bei.

Auf dieser Grundlage erhöhte das BMWi im Februar 2020, dieses Mal nicht nur unterstützt durch Frankreich, sondern auch durch Italien und Polen (Stratmann 2020),



den Druck auf die Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission, eine Reform des Wettbewerbsrechts einzuleiten, dem sich diese trotz Widerstands in der Kommission und von einzelnen Mitgliedsstaaten, wie den Niederlanden oder Schweden, letztlich beugte (Scott 2020; Tamma/Solletty 2020). So trägt auch die europäische Industriestrategie von März 2020 deutlich stärkere Züge einer vertikal-strategischen Orientierung, und im Juni 2020 startete die Kommission ein Konsultationsverfahren zur Reform des Wettbewerbsrechts.

Überlagert und in Teilen beschleunigt wurden diese Entwicklungen durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie. Denn die Engpässe vor allem im Bereich medizinischer Versorgung hat die Seite jener Kräfte gestärkt, die eine aktiv-strategische Industriepolitik zur Stärkung der strategischen und technologischen Autonomie der EU samt Rückverlagerung von Wertschöpfungsketten befürworten (Tamma 2020; vgl. hierzu auch das Editorial in diesem Heft). Unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 setzte sich das BMWi vor diesem Hintergrund sogar dafür ein zu erwägen, das während der Corona-Krise temporär stark gelockerte Beihilfenrecht dauerhaft zu etablieren (BMWi 2020: 17).

Aus progressiver Sicht sind diese Entwicklungen ambivalent. Unter den aktuellen Kräfteverhältnissen birgt die Aushöhlung des europäischen Wettbewerbsrechts die Gefahr, dass öffentliche Mittel in großem Umfang und nur schwach kontrolliert als Beihilfen an große Konzerne umverteilt werden (Karasz 2020). Hierdurch könnten insbesondere große und finanzstarke Länder wie Deutschland ihre nationalen ‚Champions‘ noch stärker fördern, wie jetzt bereits in der Corona-Krise geschehen, wodurch sich die Polarisierung zwischen Zentrum und Peripherie innerhalb Europas noch weiter verschärfen würde (Gräbner et al. 2020).

Zugleich zeichnet sich mit der anstehenden Aushöhlung des europäischen Wettbewerbsrechts aber auch ein tiefer Bruch innerhalb der wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise der EU und möglicherweise sogar mit der neoliberalen Entwicklungsweise in der EU insgesamt ab. Dabei deuten sich die Konturen einer postneoliberalen Entwicklungsweise an, in der der Staat durch Industriepolitik zunehmend offen und verstärkt geopolitisch-strategisch in die Entwicklung von Produktionssystemen und Wirtschaftsstrukturen eingreift. Auch wenn die Rückgewinnung solcher wirtschaftspolitischen Steuerungskapazitäten des Staates seit Jahrzehnten von progressiver Seite gefordert wurde, weist dieser sich andeutende Bruch mit der neoliberalen Entwicklungsweise der EU derzeit nicht in eine progressive Richtung. Denn letztlich schreibt sich die „Logik des globalen Wettbewerbs und des globalen Kampfes um Standort- und Wettbewerbsvorteile“ (Fisahn 2019) im Sinne einer postneoliberalen, interventionistischen und geopolitisch kalkulierenden Wettbewerbsstaatlichkeit fort – wenn auch mit anderen wirtschaftspolitischen Instrumenten und Rationalitäten.

Für progressive Kräfte entstehen in dieser neuen Konstellation allerdings durchaus neue strategische Handlungsbedingungen. Speziell aus der Lockerung des europäischen Wettbewerbsrechts ergeben sich grundsätzlich auch größere Spielräume für eine progressive Industriepolitik in Europa im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation und für die Reduzierung ungleicher Entwicklung zwischen Zentrum und Peripherie innerhalb Europas (Pianta et al. 2016; Eder/Schneider 2018; Krenmayr et al. und Vogl in diesem Heft). Dass diese Spielräume von progressiven Regierungsprojekten in einzelnen Mitgliedsstaaten oder sogar auf EU-Ebene in naher Zukunft auch in diesem Sinne

genutzt werden, ist angesichts der aktuellen politischen Kräfteverhältnisse nicht absehbar. Doch politische Kräfteverhältnisse sind gerade in Krisenzeiten großen Schwankungen unterworfen – im guten wie im schlechten Sinne.

## Anmerkungen

- 1) Ich bedanke mich bei Christa Schlager, Joachim Becker und Julia Eder für wertvolle Kommentare zu einer früheren Fassung des Textes.
- 2) Während vertikale Industriepolitik bestimmte Aktivitäten, Branchen oder Technologien gezielt unterstützt (und andere dementsprechend benachteiligt), setzt bzw. fördert horizontale Industriepolitik dem Prinzip nach lediglich ‚Rahmenbedingungen‘ wie Infrastruktur oder Grundlagenforschung, ohne in den Markt und damit verbundene Konkurrenzverhältnisse einzugreifen (Warwick 2013).
- 3) Im Bereich der E-Antriebe hinkt die deutsche Automobilindustrie der chinesischen hinterher. Zusammen mit Quotenregelungen der chinesischen Regierung in Bezug auf Mindestanteile von E-Autos einzelner Hersteller dürfte dies die deutschen Autoexporte nach China empfindlich treffen.
- 4) Trotz der dominant horizontalen Orientierung weist die Industriepolitik in Deutschland aber auch einzelne deutlich vertikale Elemente auf, insbesondere die deutsche Politik der Energiewende (Gerlach/Ziegler 2015).

## Literatur

- Atzmüller, Roland/Becker, Joachim/Brand, Ulrich/Oberndorfer, Lukas/Vanessa, Redak/Sablowski, Thomas (Hg., 2013): *Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- BDI – Bundesverband der Deutschen Industrie (2019a): *Grundsatzpapier China. Partner und systemischer Wettbewerber – wie gehen wir mit Chinas staatlich gelenkter Volkswirtschaft um?* <https://bdi.eu/publikation/news/china-partner-und-systemischer-wettbewerber/>, 13.01.2021.
- BDI – Bundesverband der Deutschen Industrie (2019b): *Deutsche Industriepolitik. Zum Entwurf der Nationalen Industriestrategie 2030*. <https://bdi.eu/publikation/news/deutsche-industriepolitik/>, 13.01.2021.
- Beck, Stefan (2014): *Vom fordistischen zum kompetitiven Merkantilismus: die Exportorientierung der Bundesrepublik Deutschland zwischen Wirtschaftswunder und europäischer Krise*. Marburg: Metropolis-Verlag.
- Becker, Joachim (2015): *German Neo-Mercantilism: Contradictions of a (Non-)Model*. In: Unger, Brigitte (Hg.): *The German Model. Seen by its Neighbours*. O.O.: SE Publishing, 237–249.
- BMWi (2019a): *Nationale Industriestrategie 2030. Strategische Leitlinien für eine deutsche und europäische Industriepolitik*. [https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/nationale-industriestrategie-2030.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=28](https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/nationale-industriestrategie-2030.pdf?__blob=publicationFile&v=28), 13.01.2021.
- BMWi (2019b): *Industriestrategie 2030. Leitlinien für eine deutsche und europäische Industriepolitik*. [https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/industriestrategie-2030.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=20](https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/industriestrategie-2030.pdf?__blob=publicationFile&v=20), 13.01.2021.
- BMWi (2020): *Emerging Stronger from the Crisis together. Priorities of the Federal Ministry for Economic Affairs and Energy for the German Presidency of the Council of the EU*. [https://www.bmwi.de/Redaktion/EN/Publikationen/Europe/emerging-stronger-from-the-crisis-together.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.bmwi.de/Redaktion/EN/Publikationen/Europe/emerging-stronger-from-the-crisis-together.pdf?__blob=publicationFile&v=3), 13.01.2021.
- BMWi/MEF (2019): *A Franco-German Manifesto for a European industrial policy fit for the 21st Century*. [https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/F/franco-german-manifesto-for-a-european-industrial-policy.pdf?\\_\\_blob=publicationFile%26v%3D2](https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/F/franco-german-manifesto-for-a-european-industrial-policy.pdf?__blob=publicationFile%26v%3D2), 13.01.2021.
- Böcking, David/Traufetter, Gerald (2019): *Gemobbter der Bosse. Wirtschaftsaufstand gegen Altmaier*. In: Spiegel-Online, 10.4.2019. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/peter-altmaier-wieso-die-wirtschaft-gegen-ihn-rebelliert-a-1262228.html>, 13.01.2021.
- Bofinger, Peter (2019): *Paradigmenwechsel in der deutschen Wirtschaftspolitik*. In: *Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 99 (2), 87–105.

- Buch-Hansen, Hubert/Wigger, Angela (2010): Revisiting 50 Years of Market-Making: The Neoliberal Transformation of European Competition Policy. In: *Review of International Political Economy* 17 (1), 20–44. <https://doi.org/10.1080/09692290903014927>
- CDU/CSU (2019): Einordnung der Industriepolitik in die Soziale Marktwirtschaft. Positionspapier der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Berlin. <https://www.cducsu.de/sites/default/files/2019-09/Einordnung%20der%20Industriepolitik%20in%20die%20Soziale%20Marktwirtschaft%20korrigiert-2.pdf>, 13.01.2021.
- De Masi, Fabio/Ulrich, Alexander (2019): 10 Thesen für eine progressive Industriepolitik. Die Linke im Bundestag. [https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user\\_upload/PDF\\_Dokumente/2019/Fabio\\_De\\_Masi\\_Alexander\\_Ulrich\\_10\\_Thesen\\_fu\\_r\\_eine\\_progressive\\_Industriepolitik.pdf](https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/PDF_Dokumente/2019/Fabio_De_Masi_Alexander_Ulrich_10_Thesen_fu_r_eine_progressive_Industriepolitik.pdf), 13.01.2021.
- DGB (2019): Thesenpapier zur Nationalen Industriestrategie 2030. <https://www.dgb.de/downloadcenter/++co++6c148508-86c6-11e9-a514-52540088cada>, 13.01.2021.
- Dullien, Sebastian (2019): Europäische Champions: Qualität und Marktumfeld. In: ifo Schnelldienst 10/2019, 15–17.
- Duso, Tomaso (2019): Politik ist mit planwirtschaftlicher Industriepolitik auf dem Holzweg. Statement des DIW. [https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.612816.de/politik\\_ist\\_mit\\_planwirtschaftlicher\\_industriepolitik\\_auf\\_dem\\_holzweg.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.612816.de/politik_ist_mit_planwirtschaftlicher_industriepolitik_auf_dem_holzweg.html), 13.01.2021.
- Eder, Julia/Schneider, Etienne (2018): Progressive Industriepolitik - Ein Ausweg für Europa? In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 44 (4), 471–502.
- European Round Table of Industrialists (2012). ERT's Priorities for an Integrated Industrial Policy. Brüssel.
- Fisahn, Andreas (2019): Paradigmenwechsel durch neue Industriepolitik? Altmaiers «Nationale Industriestrategie 2030» bricht mit der marktradikalen Ideologie und birgt progressive Ansätze in sich. [https://www.rosalux.de/publikation/id/40309/#\\_ftn2](https://www.rosalux.de/publikation/id/40309/#_ftn2), 21.11.2020.
- Fuest, Clemens (2019): Die neue deutsche Industriepolitik. ifo Standpunkt Nr. 202. <https://www.ifo.de/publikationen/2019/ifo-standpunkt/die-neue-deutsche-industriepolitik>, 14.01.2021.
- Gerlach, Frank/Ziegler, Astrid (2015): Konturen einer proaktiven Industriepolitik. Das Beispiel Deutschland. In: *WSI-Mitteilungen* 7/2015, 526–533.
- Gräbner, Claudius/Heimberger, Philipp/Kapeller, Jakob (2020): Pandemic pushes polarisation: the Corona crisis and macroeconomic divergence in the Eurozone. In: *Journal of Industrial and Business Economics* 47, 425–438. <https://doi.org/10.1007/s40812-020-00163-w>
- Haas, Tobias/Wissen, Markus (2020): Automobilers Konsens am Ende? In: *Zeitschrift Luxemburg* 1/2020, 34–41.
- Heide, Dana/Hoppe, Till/Stratmann, Klaus (2019): Altmaiers Industriestrategie steht unter Beschuss. In: *Handelsblatt*, 2.4.2019. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bundeswirtschaftsminister-altmaiers-industriestrategie-steht-unter-beschuss/24170916.html?ticket=ST-2954875-5VogcB6s6ghmunfy19ig-ap3>, 13.01.2021.
- Heide, Dana/Kerkmann, Christof/Münchrath, Jens/Riecke, Torsten (2020): China gegen die USA: Den Preis der Abkopplung zahlen alle. In: *Handelsblatt*, 13.8.2020. <https://www.handelsblatt.com/politik/international/wirtschaftskrieg-china-gegen-die-usa-den-preis-der-abkopplung-zahlen-alle/26092430.html>, 13.01.2021.
- Jäger, Johannes/Reiner, Michael (2018): Politische Ökonomie und Recht in der Entwicklung der EU-Wettbewerbspolitik: Eine kritische Perspektive. In: *Kurswechsel* 1/2018, 57–70.
- Karasz, Lena (2020): Die Bedeutung des EU-Beihilfenrechts in der COVID-19-Krise. In: *A&W Blog*. <https://aw-blog.at/bedeutung-eu-beihilfenrecht-in-covid-19-krise/>, 13.01.2021.
- Landesmann, Michael/Stöllinger, Roman (2020): The European Union's Industrial Policy. What are the Main Challenges? *wiiw Policy Notes and Reports* 36. <https://wiiw.ac.at/the-european-union-s-industrial-policy-what-are-the-main-challenges-p-5211.html>, 13.01.2021.
- Lang, Achim/Schneider, Volker (2007): Wirtschaftsverbände. Verbandspolitik im Spannungsfeld von divergierenden Interessen und hierarchischer Integration, in: von Winter, Thomas/Willems, Ulrich (Hg.): *Interessenverbände in Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS, 221–243.
- Lippert, Barbara/von Ondarza, Nicolai/Perthes, Volker (Hg.): *Strategische Autonomie Europas. Akteure, Handlungsfelder, Zielkonflikte*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Matthijs, Matthias (2016): Powerful rules governing the euro: the perverse logic of German ideas. In: *Journal of European Public Policy* 23 (3), 375–391. <https://doi.org/10.1080/13501763.2015.1115535>
- Oberndorfer, Lukas (2018): Autoritärer Konsens – von der Hegemoniekrise zu einem EU-Sicherheitsregime. In: *Book*, Carina/Huke, Nikolai/Klauke, Sebastian/Tietje, Olaf (Hg.): *Alltägliche Grenzziehungen. Das Konzept der imperialen Lebensweise, Externalisierung und exklusive Solidarität*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 44–72.
- Pianta, Mario/Lucchese, Matteo/Nascia, Leopoldo (2016): What is to be produced? The Making of a New Industrial Policy in Europe. Brüssel: Rosa-Luxemburg-Stiftung. [https://hessen.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publikationen/What-is-to-be-produced-2016.pdf](https://hessen.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/What-is-to-be-produced-2016.pdf), 13.01.2021.

- Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Hamburg: VSA.
- Rammer, Christian/Spielkamp, Alfred (2019): The Distinct Features of Hidden Champions in Germany: A Dynamic Capabilities View. ZEW Discussion Paper Nr. 19-012. <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp19012.pdf>, 13.01.2021.
- Reiner, Christian (2012): Play it again, Sam: Die Renaissance der Industriepolitik in der Großen Rezession. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 38 (1), 15–56.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2009): Jahresgutachten 2009/2010: Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen. [https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/gutachten/ga09\\_ges.pdf](https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/gutachten/ga09_ges.pdf), 13.01.2021.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2018): Jahresgutachten 2018/2019: Vor wichtigen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen. [https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg201819/JG2018-19\\_gesamt.pdf](https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg201819/JG2018-19_gesamt.pdf), 13.01.2021.
- Schnabel, Isabel (2019): Wohlstand für wenige. In: *Die Zeit*, 27.3.2019. <https://www.zeit.de/2019/14/volkswirtschaft-industriepolitik-konzerne-betriebe-wohlstand>, 13.01.2021.
- Scott, Mark (2020): Vestager's next big fight will be with Europe. In: *Politico Europe*, 5.2.2020. <https://www.politico.eu/article/european-commission-margrethe-vestager-next-big-fight-will-be-with-europe-regulation-competition-big-tech/>, 13.01.2021.
- Simonazzi, Annamaria/Ginzburg, Andrea/Nocella, Gianluigi (2013): Economic relations between Germany and southern Europe. In: *Cambridge Journal of Economics* 37 (3), 653-75. <https://doi.org/10.1093/cje/bet010>
- Soltz, Ingar (2019): Die Welt von morgen. Szenarien unserer Zukunft zwischen Katastrophe und Hoffnung. In: *Zeitschrift Luxemburg* 3/2019, 36–45.
- SPD-Bundestagsfraktion (2019): Sozialdemokratische Industriepolitik: Wachstum für gute Arbeit fördern. Positionspapier. <https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/positionspapier-industriepolitik-20191125.pdf>, 13.01.2021.
- Stratmann, Klaus (2020): Koalition gegen Vestager: Altmaier pocht auf Reform des europäischen Wettbewerbsrechts. In: *Handelsblatt*, 6.2.2020. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/industriepolitik-koalition-gegen-vestager-altmaier-pocht-auf-reform-des-europaeischen-wettbewerbsrechts/25511340.html>, 13.01.2021.
- Streeck, Wolfgang (2009): *Re-Forming Capitalism: Institutional Change in the German Political Economy*. Oxford: Oxford University Press.
- Tamma, Paola (2020): How coronavirus defeated Europe's free marketeers. In: *Politico Europe*, 23.6.2020. <https://www.politico.eu/article/how-coronavirus-defeated-europes-free-marketeers/>, 13.01.2021.
- Tamma, Paola/Sollety, Marion (2020): Thierry Breton: Europe's big players won't crush the little guys. In: *Politico Europe*, 4.3.2020. <https://www.politico.eu/article/thierry-breton-europes-big-players-wont-crush-the-little-guys/>, 13.01.2021.
- Warwick, Ken (2013): *Beyond Industrial Policy*. OECD Science, Technology and Industry Policy Papers No. 2. [https://www.oecd-ilibrary.org/science-and-technology/beyond-industrial-policy\\_5k4869clw0xp-en](https://www.oecd-ilibrary.org/science-and-technology/beyond-industrial-policy_5k4869clw0xp-en), 13.01.2021.
- Zettelmeyer, Jeromin (2019): The Return of Economic Nationalism in Germany. Peterson Institute for International Economics, Policy Brief 19-4. <https://www.piie.com/system/files/documents/pb19-4.pdf>, 13.01.2021.
- Ziltener, Patrick (1999): *Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit*. Münster: Westfälisches Dampfboot.